



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

das wochennd

Obdachlos: Leben im Überflüssigen

Sonnabend/Sonntag, 4./5. Mai 2013

68. Jahrgang/Nr. 103 • Bundesausgabe 1,90 €, Auslandspreis 2,30 €

Patent aufs Volk

Rechte sichern sich Wende-Slogan

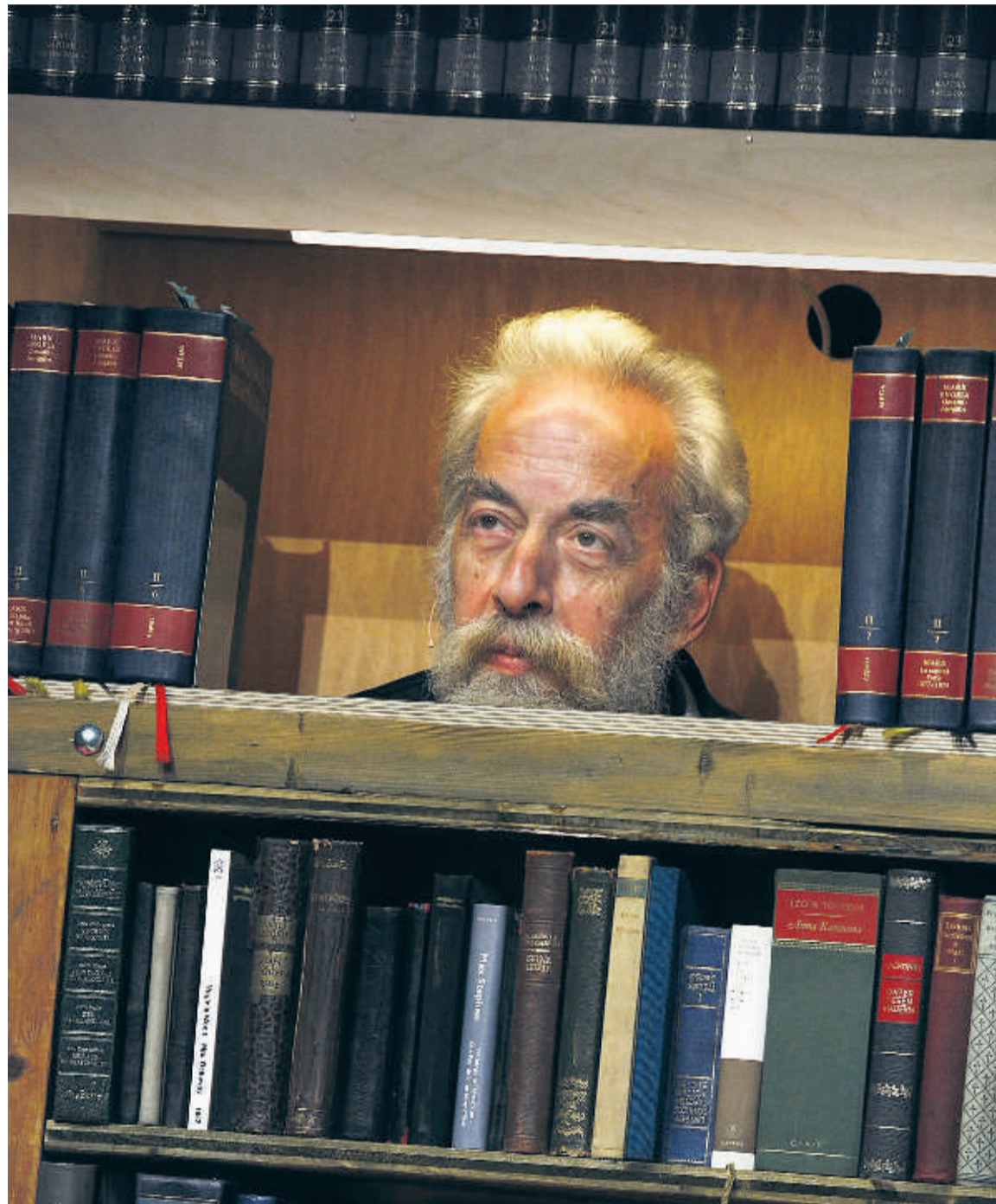
Berlin (nd/Agenturen). »Wir sind das Volk«, den aus der Zeit der friedlichen Revolution in der DDR stammenden Demoslogan, wollen sich zwei Männer aus dem Spektrum der extrem rechten sogenannten Reichsbürgerbewegung schützen lassen. Einen entsprechenden Bericht der »Leipziger Volkszeitung« bestätigte am Freitag das Deutsche Patent- und Markenamt in München. Hinter den beiden Personen aus Norderstedt in Schleswig-Holstein soll die Partei »Wir sind das Volk WSDV/Deutsche-Volkspartei« stehen. Die Reichsbürger glauben an das Fortbestehen des Deutschen Reichs und erkennen die Rechtsnachfolge der Bundesrepublik nicht an.

Der bisherige Markenschutz für den Slogan war vor einigen Wochen ausgelaufen. Eine frühere DDR-Bürgerrechtlerin hatte die Löschung der Marke beantragt und dies damit begründet, dass der Slogan von der Stadt Leipzig nicht genutzt werde. Bis dahin waren die Stadt, ein weiterer DDR-Bürgerrechtler und der ehemalige Pfarrer der Leipziger Nikolaikirche, Christian Führer, auf die Marke eingetragen.

Bis Anfang Juni kann gegen die Eintragung der Wortmarke noch Widerspruch eingelegt werden, wie aus dem Register beim Patentamt hervorgeht. »Wir prüfen, ob es eine Handhabe gibt, dagegen juristisch vorzugehen«, sagte Leipzigs Stadtsprecher Matthias Hasberg. »Wenn es eine Möglichkeit gibt, werden wir das tun.«

Verbietet Marx!

Was Thomas Kuczynski dem Autor des »Kapital« zum Geburtstag wünscht



Am Sonntag wäre er 195 Jahre alt geworden: Karl Marx. Es gibt nicht viele Leute, die seine Schriften so gut kennen wie der Statistiker und Ökonom Thomas Kuczynski. Das brachte ihm sogar eine Rolle auf der Bühne ein – im »Kapital«-Stück der Künstlergruppe Rimini-Protokoll (siehe Foto). Allein für die 750 Seiten des ersten Bandes der »Kritik der politischen Ökonomie«, so hat es Kuczynski dem Theaterpublikum vorgerechnet, brauche 1500 Stunden, wer es wirklich begreifen wolle. Dass Marx trotzdem heute noch lesenswert ist, vor allem, wenn man ihn gegen den Strich bürstet, und warum er noch mehr Leserinnen und Leser hätte, wenn die Lektüre verboten wäre, verrät Thomas Kuczynski im Gespräch auf den

Seiten W2 und W3

Foto: Drama/Barbara Braun

Gastkolumne

Das Grauen heißt nur noch Zschäpe

Von Bodo Ramelow

Nun beginnt er, der von Medienhype begleitete Prozess gegen Beate Zschäpe. Lächerlichkeiten wie die Lotterie zur Platzvergabe im viel zu kleinen Gerichtssaal lenken die Aufmerksamkeit in die banale Ecke. Sprachlich wurde der Prozess schon gewandelt: Am Anfang ging es um ein Naziterror-Netzwerk, das auf eine dreiköpfige Bande reduziert wurde, jetzt hat man den Fokus auf die Einzelperson Zschäpe gerichtet. Nur noch von ihr ist die Rede, aus Thüringen stammend, das fiese Gesicht ausreichend oft in Fernsehen und bunten Blättern gezeigt. Sogar von ihrer netten Seite hört man: Katzenschützerin, freundliche Nachbarin – all das wird wohl in München präsentiert. Der Bundesinnenminister appelliert: Frau Zschäpe, bitte gestehen Sie! – und verdutzt fragt man sich, was hier gerade schief läuft.

Es ist wie beim Anschlag auf das Münchner Oktoberfest. Nach Schock und Trauer wurde zur Tagesordnung übergegangen und ein verrückter Einzeltäter als Schuldiger festgestellt. Die Spuren zur »Wehrsportgruppe Hoffmann« ließ man gleich im Nebel entschwinden, Aufklärung musste nicht mehr stattfinden, da der Täter tot war. So wie jener Obdachlose, der in Bayern, Sachsen, Thüringen und Österreich Erddepots als Einzeltäter angelegt haben soll – mit Handgranaten, Sprengstoff, Waffen, Feindeslisten – und dessen Sprengsätze der in Köln vom NSU gezündeten Nagelbombe verblüffend ähnlich sein sollen. In Köln wusste ein Bundesinnenminister schon nach Stunden einen rechtsextremen Hintergrund auszuschließen. Auch bei dem Obdachlosen, der die Lagepläne hochkomplex chiffriert hatte, wurde ein politischer Hintergrund verneint.

Der Bürger kann sich beruhigt zurücklehnen. Über Zusammenhänge zu den Erddepots, zum Oktoberfestanschlag und zu einem aktuellen Prozess in Luxemburg, wo ein BND-Mann als Bombenbastler den dortigen Ge-



Bodo Ramelow

ist Chef der Thüringer Linksfraktion und Herausgeber des Buches »Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen« über den Terror des NSU.

Foto: dpa/Schutt

Unten links

Der lange Winter ist längst vergessen. Dabei ist es noch keine vier Wochen her, da quälte Tristesse das Auge beim Blick aus dem Fenster. Vielleicht liegt es an den Farbspielen des Frühlings, dass es nun selbst nüchternen Statisten auf – und hinter der Netzhaut flimmert. »Deutsche wollen Schwarz-Gelb – im Fußball«, lautet die Schlagzeile der ARD zu ihrem jüngsten Deutschlandtrend. Wo man das Ergebnis der Bundestagswahlprognose erwartet, erfährt man stattdessen zunächst, dass eine Mehrheit den Dortmundern, nicht den »roten« Bayern, den Sieg im Champions-League-Finale gönnt. Der Wechsel zur Politik folgt, ähem, auf dem Fuße und mit ihm der blumigste Satz des Textes: »Fast so lieb wie die Borussen haben die Deutschen ihre Bundeskanzlerin.« Frühlingsgefühle, wie schön! Nur um die Grünen kann's einem angst und bange werden, wenn Schwarz-Gelb heute gegen Rot zum Testkampf aufläuft. Ohne sie geht gar nichts. Und doch trampeln alle auf ihnen herum. mha

www.neues-deutschland.de twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-3375



Liste outet Bayerns Amigos

Abgeordnete von drei Fraktionen beschäftigten Angehörige auf Staatskosten

Von Christian Klemm

Die Verwandtschaftsaffäre in Bayern zieht immer weitere Kreise. Wie jetzt bekannt wurde, hat nicht nur die CSU Angehörige mit gut bezahlten Jobs versorgt.

Es schien zunächst nur ein Problem der Christsozialen zu sein. Doch jetzt wächst sich die Amigoaffäre im Freistaat zu einer handfesten Parlamentskrise aus. Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) hat gestern eine Liste von 79 Abgeordneten veröffentlicht, die seit dem Jahr 2000 Angehörige auf Staatskosten als Mitarbeiter beschäftigt haben. Bei den meisten handelte es sich um Mitglieder der CSU, darunter waren aber auch SPD-Parlamentarier und ein Abgeordneter der Grünen.

Bis 2003 haben 32 Abgeordnete die Verträge mit Angehörigen beendet, in der Legislaturperiode bis 2008 dann 30 weitere. Zuletzt hatten noch 17 CSU-Abgeordnete Familienangehörige beschäftigt, hieß es gestern. Einer der prominentesten Politiker auf der Liste ist der ehemalige Kultusminister Siegfried Schneider. Laut

Landtag soll der Angestelltenvertrag in dem Jahr geendet haben, in dem der CSU-Mann Schneider in das Kabinett aufgestiegen ist.

In Bayern ist es Landtagsabgeordneten seit 2000 nicht gestattet, enge Angehörige zu beschäftigen. Es gibt aber eine Übergangsregelung für damals bestehende Altfälle.

Über die Affäre sind bereits zwei Politiker gestolpert: Georg Schmid und Georg Winter. CSU-Fraktionschef Schmid hatte seine Ehefrau als Sekretärin beschäftigt und mit einem Salär von bis zu 5500 Euro im Monat entlohnt. Schmid kündigte unterdessen seinen Rückzug aus der Politik an. Sein Parteifreund Winter räumte seinen Posten als Chef des Haushaltsausschusses. Er stand wegen der Beschäftigung seiner minderjährigen Söhne in der Kritik.

Für die CSU sind es unterdessen schwierige Zeiten. Erst wurde bekannt, dass der Parteintimus und Präsident des FC Bayern, Uli Hoeneß, Millionen in der Schweiz gebunkert und nicht versteuert hat. Und jetzt bringt Vetterwirtschaft besonders die Christsozialen in

Bedrängnis. Bei der Landtagswahl in Bayern Mitte September würde die CSU gern die absolute Mehrheit zurückerobern, um bei einer Regierungsbildung nicht auf ein gutes Wahlergebnis der FDP angewiesen zu sein. Unter den gegebenen Umständen dürfte das alles andere als einfach werden.

Landtagspräsidentin Stamm war indes bemüht, die Wogen etwas zu glätten. Sie betonte, dass die Übergangsregelung geltendes Recht sei, räumte aber gleichzeitig ein, dass »eine so lange Übergangsregelung

nicht mehr vermittelbar« sei. Bei der nächsten Landtagssitzung in knapp zwei Wochen sei geplant, ein neues Gesetz zu verabschieden. Danach sollen ab nächsten Monat Verwandte ersten, zweiten und dritten Grades sowie Verschwägerter oder Lebenspartner nicht mehr aus der Mitarbeiterentschädigung entlohnt werden.

Der SPD reicht das nicht. Ihr Spitzenkandidat Christian Ude fordert den Rücktritt von fünf Kabinettsmitgliedern mit CSU-Parteibuch. Es geht um Kultusminister Ludwig Spaenle, Landwirtschaftsminister Helmut Brunner und drei Staatssekretäre. Auch sie hatten ihre Frauen beschäftigt. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt bezeichnete diese Forderungen als »übles und durchsichtiges Wahlkampfmanöver«. Es werde Ude nicht gelingen, dadurch von der Verstrickung von SPD-Abgeordneten abzulenken.

Die Christsozialen sind indes bemüht, zur politischen Normalität zurückzukehren. Sie wollten gestern ihren Parteichef Horst Seehofer als Spitzenkandidat für die Landtagswahl nominieren. Kommentar Seite 8

das wochennd

FORUM

Vor zehn Jahren starb Johannes Agnoli..... W5

GESCHICHTE

Der Mord an Aldo Moro vor 35 Jahren..... W6

DEBATTE

SPD-Wahlprogramm: Drebler vs. Altvater... W7